

Die Euro-Krise spiegelt das Versagen einer perspektivlosen Politik. Der Bundesregierung fehlt der Mut, einen unhaltbar gewordenen Status quo zu überwinden. Das ist die Ursache dafür, dass sich trotz umfangreicher Rettungsprogramme und kaum noch zu zählender Krisengipfel die Situation des Euroraums in den beiden vergangenen Jahren kontinuierlich verschlechtert hat.

Griechenland droht nach dem wirtschaftlichen Absturz der Austritt aus dem Euro, was mit unkalkulierbaren Kettenreaktionen für die übrigen Mitgliedsländer verbunden wäre. Italien, Spanien und Portugal sind in eine schwere Rezession geraten, die die Arbeitslosigkeit immer weiter steigert. Die ungünstige konjunkturelle Entwicklung der Problemländer verschärft die ohnehin labile Situation der Banken, und die wachsende Unsicherheit über die Zukunft der Währungsunion führt dazu, dass Anleger immer weniger bereit sind, Anleihen der Problemländer zu erwerben. Steigende Zinsen für Staatsanleihen, aber auch die immer schlechtere wirtschaftliche Lage erschweren wiederum die ohnehin nicht einfachen Konsolidierungsprozesse.

Diese sich selbst verstärkende Destabilisierung ist wesentlich darauf zurückzuführen, dass die Krisenbewältigungsstrategien nicht über die Schwelle einer Vertiefung der Europäischen Institutionen hinausgegangen sind. Die Tatsache, dass sich die Krise in den Jahren kopflos inkrementalistischer Behandlungsversuche nur verschärft hat, macht den Mangel an politischer Gestaltungskraft offensichtlich. Die Rechtfertigung eines großen Integrationsschrittes ergibt sich jedoch nicht nur aus der aktuellen Krise des Euroraums, sondern gleichermaßen aus der Notwendigkeit, das Unwesen des gespen-

Welches Europa wollen wir?

In dieser Reihe schreiben bisher Ulrich Wilhelm (7. Juli), Paul Kirchhof (12. Juli), Thilo Sarrazin (17. Juli) und Peter Gauweiler (2. August).

tischen Paralleluniversums, das die Investmentbanken und Hedgefonds neben der realen, Güter und Dienstleistungen produzierenden Wirtschaft aufgebaut haben, durch eine Selbstermächtigung der Politik wieder einzufangen. Die erforderlichen Maßnahmen zu einer Re-Regulierung liegen auf der Hand. Aber sie kommen nicht zum Zuge, weil einerseits eine Implementierung dieser Maßnahmen im nationalstaatlichen Rahmen kontraproduktive Folgen hätte und andererseits die 2008 auf dem ersten Londoner G-20 Gipfel beschlossenen Regulierungsabsichten ein weltweit koordiniertes Handeln erfordern würden, das einwilligen an der politischen Fragmentierung der Staatengemeinschaft scheitert.

Eine so große Wirtschaftsmacht wie die EU, mindestens aber die Eurozone, könnte in dieser Hinsicht eine Avantgardefunktion übernehmen. Nur mit einer deutlichen Vertiefung der Integration lässt sich eine gemeinsame Währung aufrechterhalten, ohne dass es einer nicht endenden Kette von Hilfsmaßnahmen bedarf, die die Solidarität der europäischen Staatsvölker im Währungsraum auf beiden Seiten, der Geber- und wie der Nehmerländer, langfristig überfordern würde. Eine Souveränitätsübertragung auf Europäische Institutionen ist dafür jedoch unvermeidlich, um Fiskaldisziplin wirksam durchzusetzen und zudem ein stabiles Finanzsystem zu garantieren. Zugleich bedarf es einer stärkeren Koordination von Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitiken der Mitgliedsländer mit dem Ziel, die strukturellen Ungleichgewichte im gemeinsamen Währungsraum auszugleichen.

Die Verschärfung der Krise zeigt, dass die bisher von der Bundesregierung in Europa durchgesetzte Strategie auf einer falschen Diagnose beruht. Die aktuelle Krise ist keine Eurokrise. Der Euro hat sich als stabile Währung erwiesen. Die aktuelle Krise ist auch keine europaspezifische Schuldenkrise. Im Vergleich mit den beiden Wirtschaftsräumen Amerika und Japan sind EU und, innerhalb der EU, der Euroraum am wenigsten verschuldet. Die Krise ist eine Refinanzierungskrise einzelner Staaten des Euroraums, die in erster Linie einer unzureichenden institutionellen Absicherung der gemeinsamen Währung geschuldet ist.

Die Eskalation der Krise verdeutlicht, dass die bisherigen Lösungsansätze unzureichend waren. Es ist deshalb zu befürchten, dass die Währungsunion ohne einen grundlegenden Strategiewechsel in ihrer jetzigen Form nicht mehr lange überleben wird. Der Ausgangspunkt für eine konzeptuelle Neuausrichtung ist eine klare Diagnose der Krisenursachen. Die Bundesregierung scheint davon auszugehen, dass die Probleme im Wesentlichen durch mangelnde Fiskaldisziplin auf der nationalen Ebene verursacht sind und dass die Lösung primär in einer konsequenten Sparpolitik der einzelnen Länder zu suchen ist. Institutionell sollte dieser Ansatz in erster Linie durch striktere Fiskalregeln und, ergänzend, durch quantitativ begrenzte, mit Konditionen versehene Rettungsschirme abgesichert werden, die die betroffenen Länder zu einer scharfen Austeritätspolitik zwingen, welche aber die Wirtschaftskraft schwächt und die Arbeitslosigkeit ansteigen lässt.

Tatsächlich ist es den Problemländern trotz einer im internationalen Vergleich ungewöhnlich strengen Sparpolitik und vielfältigen Strukturereformen bisher nicht

Einspruch gegen die Fassadendemokratie

Sigmar Gabriel, der Vorsitzende der SPD, hatte Jürgen Habermas besucht und ihn um einen Beitrag für das Regierungsprogramm seiner Partei gebeten. Später gesellten sich der Philosoph Julian Nida-Rümelin und der Ökonom Peter Bofinger hinzu. Entstanden ist eine hier erstmals veröffentlichte programmatische Aufforderung an die Sozialdemokraten, die die Grundlage des Programms bilden soll. Das ist ein neues Verfahren: Das Programm wird nicht mehr im „closed shop“ geschrieben, sondern im Austausch mit Wissenschaftlern und Intellektuellen.



Das Frankfurter Occupy-Camp im vergangenen Winter

Foto Jan-Peter Boening/Zenit/laif

gelingen, ihre Refinanzierungskosten auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Die Entwicklungen der letzten Monate sprechen somit dafür, dass die Diagnose und Therapie der Bundesregierung von Anfang an zu eindimensional angelegt war. Die Krise ist nicht allein auf nationales Fehlverhalten, sondern zu einem erheblichen Teil auf systemische Probleme zurückzuführen. Diese sind durch Anstrengungen auf der nationalen Ebene nicht zu bewältigen, sie erfordern eine systemische Antwort. Nur durch eine gemeinschaftliche Haftung für Staatsanleihen des Euroraums kann das für die derzeitige Instabilität der Finanzmärkte konstitutive individu-

Es ist zu befürchten, dass die Währungsunion ohne einen Strategiewechsel nicht mehr lange überleben wird.

elle Insolvenzrisiko eines Landes beseitigt oder zumindest begrenzt werden. Die Bedenken, dass damit Fehlanreize gesetzt werden könnten, sind allerdings sehr ernst zu nehmen. Ihnen kann nur dadurch Rechnung getragen werden, dass die gemeinschaftliche Haftung mit einer strikten gemeinschaftlichen Kontrolle über die nationalen Haushalte einhergeht. Allein das für eine Gemeinschaftshaftung erforderliche Maß an fiskalischer Kontrolle wird nicht mehr im Rahmen der nationalen Souveränität über vertragliche vereinbarte Regeln zu realisieren sein.

Es gibt nur zwei in sich stimmige Strategien zur Überwindung der aktuellen Kri-

se: entweder die Rückkehr zu nationalen Währungen in der EU insgesamt, die jedes einzelne Land den unberechenbaren Schwankungen hochspekulativer Devisenmärkte aussetzen würde, oder aber die institutionelle Absicherung einer gemeinsamen Fiskal-, Wirtschafts- und Sozialpolitik im Euroraum mit dem weitergehenden Ziel, die verlorene Handlungsfähigkeit der Politik gegenüber den Imperativen des Marktes auf transnationaler Ebene wiederzugewinnen.

Aus einer über die aktuelle Krise hinausreichenden Perspektive hängt daran auch das Versprechen eines „sozialen Europas“. Denn nur für ein politisch geeintes Kerneuropa besteht die Aussicht, den inzwischen fortgeschrittenen Prozess der Umwandlung der sozialstaatlichen Bürgerdemokratie in eine marktkonforme Fassadendemokratie umkehren zu können. Schon wegen der Verknüpfung mit dieser ausgreifenden Perspektive verdient die zweite Option den Vorzug vor der ersten.

Wenn man die Rückkehr zum monetären Nationalismus ebenso vermeiden will wie eine Eurokrise auf Dauer, muss der Schritt nachgeholt werden, der bei der Einführung der gemeinsamen Währung versäumt wurde: nämlich, die Weichen für eine Politische Union zu stellen, und zwar zunächst im Kerneuropa der 17 EWU-Mitgliedstaaten.

Wir plädieren dafür, nichts zu verschleiern: Wer an der gemeinsamen Währung festhalten möchte, muss auch eine gemeinsame Verantwortung befürworten, muss das institutionelle Defizit im Euroraum überwinden. Der Charme des von der Bundesregierung abgelehnten Vorschlags des Sachverständigenrats zur Ein-

gend in Kauf nehmen, dass ihren Völkern eine zentralisierte, aber über deren Köpfe selbständige Exekutivgewalt übergestülpt wird. An dieser Schwelle müssen die Völker selbst zu Worte kommen.

Die Bundesrepublik sollte, als Repräsentantin des größten „Geberlandes“ im Europäischen Rat, die Initiative zu einem Beschluss über die Einberufung eines Verfassungskonvents ergreifen. Nur auf diesem Wege könnte der unvermeidliche Zeitenabstand zwischen den fälligen, aber einstweilen noch widerrufbaren ökonomischen Sofortmaßnahmen und der gegebenenfalls nachholenden Legitimation überbrückt werden. Mit einem positiven Ausgang der Referenden könnten die europäischen Völker die Souveränität, die ihnen von „den Märkten“ längst geraubt worden ist, auf europäischer Ebene wiedergewinnen.

Die Strategie der Vertragsänderung zielt auf die Gründung eines politisch geeinten, kerneuropäischen Währungsgebietes, das für Beitritte anderer EU-Länder, insbesondere Griechenlands, offen steht. Das erfordert klare verfassungspolitische Vorstellungen von einer supranationalen Demokratie, die ein gemeinsames Regieren erlauben, ohne die Gestalt eines Bundesstaates anzunehmen. Der europäische Bundesstaat ist das falsche Modell und überfordert die Solidaritätsbereitschaft der historisch eigenständigen europäischen Völker. Die heute fällige Vertiefung der Institutionen könnte sich von der Idee leiten lassen, dass ein demokratisches Kerneuropa die Gesamtheit der Bürger aus den EWU-Mitgliedsstaaten repräsentieren soll, aber jeden einzelnen in seiner doppelten Eigenschaft als direkt beteiligter Bürger der reformierten Union einerseits, als indirekt beteiligtes Mitglied eines der beteiligten europäischen Völker andererseits.

Es ist nicht auszuschließen, dass das Bundesverfassungsgericht den politischen Parteien mit der Anordnung eines verfassungsändernden Plebiszits die Initiative abnimmt. Dann könnten diese sich um eine Positionierung zur bisher verschleierte Alternative nicht länger herumdrücken. Eine von SPD, CDU und Grünen getragene Initiative zur Einsetzung eines Verfassungskonvents, über dessen Ergebnisse gleichzeitig (aber nicht vor Ablauf der nächsten Wahlperiode) mit dem Verfassungsplebiszit abgestimmt werden könnte, erschiene dann nicht mehr illusorisch. Im Hinblick auf die Bundesrepublik halten wir es für aussichtsreich, dass eine Parteienallianz im Laufe einer solchen, zum ersten Mal stattfindenden öffentlichen Meinungs- und Willensbildung über eine europapolitische Alternative die Mehrheit der Wähler von den Vorzügen einer Politischen Union überzeugen könnte. Die vier Jahre währende Krise hat einen Thematisierungsschub ausgelöst, der die Aufmerksamkeit der nationalen Öffentlichkeiten wie nie zuvor auf europäische Fragen lenkt. Dadurch ist ein Bewusstsein für die Notwendigkeit der Fi-

Erstmals in der Geschichte des Kapitalismus musste eine von den Banken ausgelöste Krise vom Steuerzahler aufgefangen werden.

nanzmarktregulierung und der Überwindung der strukturellen Ungleichgewichte innerhalb der Eurozone geweckt worden. Zum ersten Mal in der Geschichte des Kapitalismus konnte eine vom avanciertesten Sektor, den Banken, ausgelöste Krise nur noch in der Weise aufgefangen werden, dass die Regierungen ihre Bürger in der Rolle von Steuerzahlern für den eingetretenen Schaden aufkommen lassen. Damit ist eine Schranke zwischen systemischen und lebensweltlichen Prozessen durchbrochen worden. Die Bürger empfinden das zu Recht als empörend. Das weit verbreitete Gefühl verletzter Gerechtigkeit erklärt sich daraus, dass anonyme Marktprozesse in der Wahrnehmung der Bürger eine unmittelbar politische Dimension angenommen haben. Dieses Gefühl verbindet sich mit der verhaltenen oder offenen Wut über die eigene Ohnmacht. Dem sollte eine auf Selbstermächtigung abzielende Politik entgegenreten.

Eine Diskussion über die finalität des Einigungsprozesses böte die Gelegenheit, den bisher auf wirtschaftliche Fragen eingegengten Fokus der öffentlichen Diskussion zu erweitern. Die Wahrnehmung der weltpolitischen Machtverschiebung von West nach Ost und das Gespür für eine Veränderung im Verhältnis zu den Vereinigten Staaten rücken die synergetischen Vorteile einer europäischen Einigung in ein anderes Licht. In der postkolonialen Welt hat sich die Rolle Europas nicht nur im Rückblick auf die fragwürdige Reputation ehemaliger Imperialmächte verändert, ganz zu schweigen vom Holocaust. Auch die statistisch gestützten Zukunftspeditionen sagen Europa das Schicksal eines Kontinents von schrumpfender Bevölkerung, abnehmendem ökonomischem Gewicht und schwindender politischer Bedeutung voraus.

Die europäischen Bevölkerungen müssen lernen, dass sie ihr sozialstaatliches Gesellschaftsmodell und die nationalstaatliche Vielfalt ihrer Kulturen nur noch gemeinsam behaupten können. Sie müssen ihre Kräfte bündeln, wenn sie überhaupt noch auf die Agenda der Weltpolitik und die Lösung globaler Probleme Einfluss nehmen wollen. Der Verzicht auf die europäische Einigung wäre auch ein Abschied von der Weltgeschichte.

PETER BOFINGER
JÜRGEN HABERMAS
JULIAN NIDA-RÜMELIN

Marilyn

Fünfzig Jahre tot, das ist kein Grund zum Feiern. Marilyn Monroe starb in der Nacht vom 4. auf den 5. August 1962. Wir haben, seit wir uns alle zehn Jahre an ihren frühen Tod im Alter von sechsunddreißig Jahren erinnern, über diese Frau alles erfahren. Ihr Bild erkennt jeder sofort, selbst wenn er noch nie einen ihrer Filme gesehen hat. Sie wurde Sexgöttin genannt und verlorenes Kind, Legende, Mythos, Pop-Ikone, sie wurde uns nackt gezeigt oder mit einem Buch in der Hand, wir kennen ihre Männer, ihre Lehrer, ihre Pillen, ihre Pelze. Wir wissen, dass sie, weil sie als schwierig galt, ein gern benutzter Sündenbock für alles war, das bei ihren Filmen schief lief. Als John Huston bei den Dreharbeiten von „The Misfits“ die Produktionsgelder einer ganzen Woche verspielte, hieß es, Marilyn sei halt sehr unzuverlässig. Als das Drehbuch für ihren letzten Film „Something's Gotta Give“ sich als unverfilmbar herausstellte und das Studio, sowieso in Schwierigkeiten, die Versicherungssumme ganz gut gebrauchen konnte, die beim Abbruch des Drehs fällig wurde, sagte man, mit Marilyn könne man eben nicht arbeiten. Diese üblichen Nachreden sind im Lauf der Jahre ebenso aufgeklärt worden wie die Annahme, sie sei zwar schön, aber nicht sehr klug gewesen und ihr Talent nicht übermächtig. Heute wissen wir, sie war eine begnadete Komödiantin. Kennen ihre Angst. Wissen, mit welcher Kraft und Energie sie um ihre Unabhängigkeit gekämpft hat in einer Umgebung, die sie kleinhalten wollte und abhängig. Wir wissen nicht, ob sie den eigenen Tod in jener Nacht wollte oder ob die Mischtoxikation, der sie erlag, ein Unfall war. Vor allem aber wissen wir nicht, wie sie gealtert wäre. Wie die Dietrich, die Garbo, sich selbst wegschließend vor der Welt? Aktiv für viele gute Zwecke? Es liegt viel fauler Zauber und Leichenfledderei um Gedenktage wie diesen. Und die einzige offene Frage bleibt: Hätten wir ihr das Altern verziehen wie den frühen Tod? lue.

Pussy Riot

Putin: Eher Gnade für Blasphemie

Die Anwälte der drei in Moskau angeklagten Punkerinnen von „Pussy Riot“ hoffen wieder, seit Wladimir Putin sich für eine eher milde Strafe aussprach. Mit ihrer maskierten Rock-Anrufung der Gottesmutter im Februar hätten die Feministinnen nichts Gutes getan, erklärte der russische Präsident auf seiner London-Reise. Doch allzu streng solle man sie nicht richten. Er hoffe, die jungen Frauen würden selbst Lehren aus der Sache ziehen. Denn wenn sie in Israel eine blasphemische Aktion veranstaltet hätten, wären sie verprügelt worden; hätten sie in den kaukasischen Regionen ihrer Heimat sakrale Orte entweiht, würden die Ordnungshüter es nicht einmal schaffen, sie in Schutzhaft zu nehmen. Beobachter verstehen Putins Äußerung als Zugeständnis an den Westen, wo die monatelange Inhaftierung von Nadeschda Tolokonnikowa, Maria Alechina und Jekaterina Samuzewitsch heftige Proteste auslösten. In Russland wandten sich soeben fünfundsiebzig Rechtsanwältinnen in einer Erklärung an die Öffentlichkeit, das Verfahren gegen „Pussy Riot“ zerstöre den Rechtsstaat, weil die Anklage nicht allgemeine Rechtsgüter verteidige, sondern spezifische religiöse Empfindlichkeiten, die kein Paragraph schütze. Zuvor hatten russische Künstler und Intellektuelle sich mit „Pussy Riot“ solidarisiert. Zwanzig ultrakonservative, orthodox gläubige Schriftsteller stellten sich dagegen hinter das Verfahren. kho.

Heute

Die Romane der Woche

Sybille Berg lässt jede Hoffnung fahren, Norbert Zähringer sucht Licht am Ende des Himmels, und Hermann Hesse zeigt sich in frühen Briefen als jugendlicher Rebell. Seite 35

Sprich, Israel!

Der Angriff auf Iran gilt in Israel als beschlossene Sache, notfalls auch allein. Der Schriftsteller David Grossman aber erinnert daran, dass es auch Skepsis gibt. Seite 36

Der Tempelräuber

Auf seiner Kundenliste stehen die besten Museen der Welt: Wie ein New Yorker Kunsthändler es mit der Herkunft seiner Schätze nicht so genau nahm. Kunstmarkt 38

Die Reportage

Was fällt Männern ein, wenn sie für ein Wochenende ihrem Freund kurz vor dessen Hochzeit noch eine Freude machen wollen? Ein Junggesellenabschied in Prag. Seite 42